

## PRESSESTIMMEN

## US-HILFE FÜR GAZA-STREIFEN

## Frankfurter Allgemeine

„Ohrfeige“ Politisch ist die amerikanische Luftbrücke eine Ohrfeige für die israelische Führung, vor allem für Ministerpräsident Netanjahu. Biden ist immer noch der wichtigste Verbündete Israels, auch wenn der Kongress ihn derzeit hindert, mehr für das Land zu tun. Dass der Präsident sich nun zu Hilfsflügen entschlossen hat, zeigt, dass er nur noch wenig Vertrauen hat, dass Israel seiner Verantwortung nachkommt.

■ FAZ, Frankfurt

## Frankfurter Rundschau

„Wenig“ Offensichtlich hat der Vorstoß Washingtons die israelische Armee noch dazu bewogen, Hilfslieferungen zu erleichtern, indem sie stundenweise weniger gegen die Hamas vorgeht. Gemessen an der humanitären Katastrophe ist das aber kein Befreiungsschlag. Vielmehr verdeutlichen die Tripelschritte, wie wenig zwischen Israel und Hamas möglich ist.

■ Frankfurter Rundschau, Frankfurt

## KALENDERBLATT



Foto: APA/Hochmuth

## DAS GESCHAH AM ...

## 5. März

■ **1919:** In Wien wählt die konstituierende Nationalversammlung den Sozialdemokraten Karl Seitz zu ihrem Präsidenten und damit zum provisorischen Staatsoberhaupt der Republik.

■ **1994:** In Tel Aviv demonstrieren mehr als 30.000 Israelis für einen Siedlungsstopp in den besetzten palästinensischen Gebieten.

■ **Geburtstag:** Werner Fasslabend, österr. Politiker (\*1944); **Peter Weibel** (Bild), österr. Kunsttheoretiker, Künstler und Ausstellungskurator (1944–2023)

nachrichten.at

Kommentare, Meinungen und Kolumnen finden Sie auf [nachrichten.at/meinung](https://nachrichten.at/meinung)



Wegweiser

Karikatur: Pismestrovic

## MENSCHEN

## BARBARA SCHÖNEBERGER

## Die Frau, die alles kann

VON HERBERT SCHORN

Zumindest was das Moderieren betrifft, kann man von Barbara Schöneberger getrost behaupten: Diese Frau kann alles. Egal, ob sie durch „Verstehen Sie Spaß?“, die „Starnacht am Wörthersee“ oder den deutschen Vorentscheid für den Song Contest führt – mit ihrem lockeren Plauderton, viel Humor und noch mehr Selbstironie hat es die gebürtige Münchnerin zur TV-Allzweckwaffe geschafft. Heute wird Schöneberger 50.

Aufgewachsen ist sie als Tochter eines Soloklarinettenisten und einer Hausfrau in der Gemeinde Gröbenzell nahe München. Ihr Studium in Augsburg (u. a. Kunstgeschichte) brach sie für die TV-Karriere ab. Sie begann als Assistentin von Moderator Elmar Hörig in der Sat1-Vormittagsshow „Bube, Dame, Hörig“. Schon bald bekam sie eigene Shows, der Durchbruch gelang ihr 2001 mit „Blondes Gift“ (suntv/WDR/ProSieben). Seit 2008 moderiert sie mit Hubertus Meyer-Burckhardt die NDR Talk Show, seit 2018 „Denn sie wissen nicht, was passiert“ mit Günther Jauch und Thomas Gottschalk, im April 2022 übernahm sie „Verstehen Sie Spaß?“. Doch es gab auch Flops: Die „Schöneberger Show“ stellte das ZDF 2003 nach nur 17 Folgen ein.

Daneben ist Schöneberger im Medienbereich höchst aktiv: Sie hat einen eigenen Radiosender (Barba Radio), betreibt einen Podcast („Mit den Waffeln einer Frau“), nahm als Sängerin vier Alben auf und schreibt Zeitungskolumnen. Bis Juli des Vorjahres vertrieb der Verlag Gruner + Jahr ein Frauenmagazin unter ihrem Namen, bei dem sie auch mitschrieb. Ihr Privatleben hält die für ihre ex-



Barbara Schöneberger wird heute 50. (ORF/ARD/Kraehahn)

travaganten Outfits bekannte Entertainerin streng geheim. Sie ist seit 2009 mit dem aus einem Adelsgeschlecht stammenden IT-Unternehmer Maximilian von Schierstädt verheiratet, die beiden haben einen Sohn und eine Tochter, die 2010 bzw. 2013 geboren wurden. Die Familie lebt in Berlin-Charlottenburg. Mit dem Älterwerden habe sie keine Probleme, sagte sie in einem Interview. Falls sie beim Song Contest von einer Jüngerer ersetzt werden sollte, sei das okay: „Moderiere ich halt das 100-jährige Bestehen der Rheuma-Liga.“

## MEINUNG

## LEITARTIKEL

VON HEIDI RIEPL



## Russland zündete die Propaganda-Bombe

Klar: Die Aufregung in Deutschland ist jetzt groß. Dass der russische Geheimdienst ein Gespräch deutscher Offiziere abgehört hat, ist peinlich, und selbstverständlich muss das deutsche Verteidigungsministerium untersuchen, ob es technische Sicherheitslücken gab. Klar ist aber auch: Das abgehörte Telefonat bringt keinerlei Neuigkeiten oder gar Geheimnisse. Die deutschen Offiziere haben nämlich nichts ausgeplaudert, was nicht ohnehin allen, die sich mit dem Thema beschäftigen, bekannt war.

Geheimdienste spionieren. Das haben sie schon immer gemacht und gehört auch zu ihrem Berufsbild. Nicht nur Putins Leute haben ein Ohr in Europa.



## Die Abhöraffaire ist ein Lehrstück dafür, wie Politik funktioniert.

Die sogenannte Taurus-Affäre ist aber ein Lehrspiel dafür, wie die russische Propaganda arbeitet. Der Kreml, der schließlich Experte in Sache psychologischer

Kriegsführung ist, überließ auch diesmal nichts dem Zufall. Allein der Zeitpunkt der Veröffentlichung war perfekt geplant. Zwei Wochen vor der russischen Präsidentenwahl musste schließlich die öffentliche Trauer um Oppositionsführer Nawalny aus den Schlagzeilen gedrängt werden. Auch der Spionagethriller über den Ex-Wirecard-Manager Jan Marsalek passte dem Kreml im Moment nicht.

Und tatsächlich: Die Propaganda funktionierte wieder. Die Meldungen über die Planung von Angriffen auf die Krimbrücke mit deutschen Taurus-Raketen schlugen in Russland wie eine Bombe ein. Sämtliche Feindbilder über den bösen Westen konnten neu aufgekocht und vermarktet werden.

Auch in Deutschland hinterließ Putins Propaganda-Bombe eine Spur der Verwüstung: Die Diskussion über deutsche Taurus-Marschflugkörper für die Ukraine ist neu aufgeflammt, eine konkrete Entscheidung über die Lieferung ist damit aber in weite Ferne gerückt. Und auch die Taktik, den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz zu blamieren, ist aufgegangen. Scholz muss sich für sein Zaudern nun rechtfertigen. Und weil er viele innenpolitische Feinde hat und auch in Deutschland Wahlkampf ist, freuen sich seine Gegner über die unerwartete Wahlhilfe aus Moskau.

Deutschlands Imageschaden könnte größer nicht sein. Auch der Spalt in Europa wird größer. Mehr konnte sich Putin gar nicht erträumen. Doch wirklich neu ist auch das nicht.

✉ [h.riepl@nachrichten.at](mailto:h.riepl@nachrichten.at)

## WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



## Geld für alle – auch in der Schweiz

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich am Sonntag mit rund 58 Prozent Ja-Stimmen für die Einführung einer 13. Monatsrente ausgesprochen. Das ist deshalb so bemerkenswert, weil Volksinitiativen (also Abstimmungsideen aus der Bevölkerung), die sozialstaatliche Leistungen einführen oder erhöhen wollten, bisher kein einziges Mal an der Urne Erfolg hatten. Gleichzeitig wurde die Erhöhung des Rentenalters in einer anderen Initiative am Sonntag auch abgelehnt.

Einfach gesagt wollen also die Schweizer eine höhere Rente, aber nicht mehr dafür arbeiten. Das ist

ihr gutes demokratisches Recht und zeigt, dass sich inzwischen selbst in der Schweiz der Gedanke „Jetzt braucht es auch etwas für mich“ verbreitet.

Rein wirtschaftlich war die Inflationsswelle in der Schweiz weitaus geringer als etwa hierzulande: In der Spitze erreichte die Inflation zirka 3,5 Prozent und nicht 11,2 Prozent wie in Österreich. Allerdings wurden die Renten in der Schweiz nicht vollumfänglich an die Inflation angepasst – Anfang 2023 beerdigte das Parlament den vollen Teuerungsausgleich bei den Renten, es wäre dabei um zusätzliche 0,3 Prozent gegangen. Dies

dürfte bei den Rentenbeziehern nicht gut angekommen sein. Die Renten bewegen sich in der Schweiz aktuell zwischen (minimal) 1250 Euro und (maximal) 2500 Euro pro Monat für Einzelpersonen (Ehepaare maximal 3800 Euro).

Zum Vergleich: Die durchschnittliche Miete einer Zwei-Zimmer-Wohnung in der Stadt Zürich beträgt rund 1500 Euro.

Es ist zu vermuten, dass die auch in der Schweiz großzügigen Corona-Hilfen und nicht zuletzt auch die Ereignisse rund um die Rettung der Großbank Credit Suisse vor fast genau einem Jahr die Verände-

rung der Einstellung der Mehrheit bewirkt haben. Die Finanzierung der 13. Monatsrente wird wohl entweder auf eine Erhöhung der Lohnabzüge oder eine höhere Mehrwertsteuer hinauslaufen. Und selbst wenn der Staat sich weiter verschulden müsste, kann sich das die Schweiz bei einer Schuldenquote im Verhältnis zur Wirtschaftskraft von 40 Prozent gut leisten (Österreich: rund 80 Prozent).

Das wird sich sicher auch der eine oder andere an der Urne gedacht haben. Es entspricht einem um sich greifenden Zeitgeist, dass bei so vielen Hilfen für andere man nun auch selbst an der Reihe sei.

Klar kann man für höhere Renten entstehen, aber die permanente staatliche Großzügigkeit schafft ein – damit selbstgemachtes – immer höheres Anspruchsdenken.

Begibt sich nun also auch die Schweiz auf den Weg des „Koste es, was es wolle“? Die nächste Abstimmung am 9. Juni wird es schon zeigen: Zur Abstimmung steht eine staatlich finanzierte Deckelung der Prämien für Krankenversicherungen.

Der gebürtige Schweizer Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Johannes Kepler Universität.